

AStA – Abhofach 5 – 66123 Saarbrücken

Studierendenparlament der Universität des
Saarlandes

Campus A5.2

66123 Saarbrücken

Saarbrücken, den 24.11.2018

**Allgemeiner
Studierendenausschuss
der Universität des
Saarlandes**

Hausanschrift:

Campus
Gebäude A5.2
66123 Saarbrücken

Postanschrift:

Abhofach 5
66123 Saarbrücken

Tel: 0681 - 302 - 2900

info@asta.uni-saarland.de

**Rechenschaftsbericht
für den Zeitraum 17.10.2018 – 23.11.2018**

Sehr geehrte Mitglieder des Studierendenparlamentes,

dieser Rechenschaftsbericht soll euch über unsere Arbeit vom 17.10.2018 bis 23.11.2018 informieren. Im genannten Zeitraum waren wir als Referentinnen für Barrierefreiheit und Neurodiversität wie folgt aktiv:

Wir haben ausführlich an der weiteren Planung unserer Podiumsdiskussion gearbeitet. Unter anderem haben wir unser Thema näher eingegrenzt, Unterthemen festgelegt und einen vorläufigen Titel für die Veranstaltung überlegt. In Anlehnung an das Motto der Behindertenrechtsbewegung nennen wir die Diskussion „Nichts über uns ohne uns“, weshalb das gesamte Podium, wie bereits im letzten Bericht dargestellt, aus behinderten Menschen bestehen wird. Diskutieren wollen wir über Themen, zu denen mit großer Wahrscheinlichkeit jede/r der TeilnehmerInnen etwas zu sagen haben wird: Bildung (Schule, Hochschule, Berufsausbildung), Erfahrungen im Gesundheitssystem, Selbstvertretung, politische Teilhabe und eventuell das Thema Sexualität. Insbesondere für das letzte Thema planen wir jedoch, eine eigene separate Veranstaltung, weshalb wir dieses raus nehmen werden.

Weiterhin waren wir noch immer mit Gebärdensprachdolmetschern und Schriftdolmetschern, sowie Dolmetschern für leichte Sprache im Kontakt, um unsere Veranstaltung auch für gehörlose Menschen und Menschen mit Lernschwierigkeiten barrierefrei zu gestalten. Nachdem wir von allen Dolmetschern Kostenvoranschläge bekommen hatten, fingen wir an, nach Spenden bzw. Sponsoren für die Veranstaltung zu suchen. Hierzu haben wir eine Vielzahl von Stiftungen kontaktiert – unter anderem die parteinahen Stiftungen Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben uns bereits ihre Unterstützung zugesagt. Die Schriftdolmetscher wollen unsere Veranstaltung ebenfalls mit einem kleinen Beitrag unterstützen. Davon abgesehen haben wir unsere Anfrage noch an ca. 25 weitere Stiftungen geschickt, von denen der aller größte Teil jedoch leider bisher nicht geantwortet hat. Die Liste aller kontaktierten Stiftungen können wir euch bei Bedarf gerne zur Verfügung stellen. Wir werden uns weiterhin intensiv um die Suche nach Spenden bzw. Sponsoren kümmern.



Aufgrund der hohen Kosten, sowie der Schwierigkeit, in relativ kurzer Zeit, genügend Spenden-Zusagen zu bekommen und aufgrund eines Krankenhausaufenthaltes von einer von uns beiden, haben wir uns zusammen mit den anderen DiskussionsteilnehmerInnen entschieden, den Termin der Veranstaltung auf Ende Januar oder Anfang Februar zu verschieben. Die Podiumsdiskussion wird nun am 15.02.2019 stattfinden. Der Raum wird noch bekannt gegeben.

Des weiteren werden wir noch ein Treffen mit unserem gehörlosen Teilnehmer organisieren, um das Konzept und die Inhalte der Podiumsdiskussion zu besprechen.

Wir haben in den letzten Wochen mehrere Beratungsgespräche durchgeführt.

Am 26.10.2018 kam ein Studierender zu uns, welcher Interesse an der Arbeit unseres Referats zeigte und um allgemeine Informationen zum Thema gebeten hat. Wir haben uns längere Zeit mit ihm unterhalten und ihm unter anderem von unserem Arbeitskreis erzählt, an dem er mittlerweile auch bereits teilgenommen hat.

Am 15.11.2018 hat sich eine Frau bei uns gemeldet, welche sagte, sie sei die Assistentin einer blinden Studierenden. Leider war sie sehr unverschämt am Telefon und hat unter anderem gesagt, wir Referenten müssten 24 Stunden und 7 Tage pro Woche telefonisch zu erreichen sein. Was ihr eigentliches Anliegen war hat sie uns leider nicht mitgeteilt.

Am 20.11.2018 war bei uns ein blinder Student, der sich zum Thema Nachteilsausgleich erkundigt hat. Dieser wurde von der KSB zu uns geschickt. Mit ihm haben wir kurz andere Themen besprochen, jedoch sind wir so verblieben, dass er nochmal kommt.

Am 23.11.2018 war ein weiterer Student zu uns. Bei dem Gespräch ging es um das Beantragen eines Schwerbehindertenausweises und außerdem haben wir um Arbeitsmöglichkeiten für Studierenden mit Behinderung gesprochen.

Außerdem standen wir in der Zwischenzeit sowohl telefonisch, wie auch per Mail im Kontakt mit Frau Müller-Leist, der Schwerbehindertenbeauftragten der Bediensteten der Universität. Ein baldiges persönliches Treffen mit ihr ist in Planung. Bisher steht der 12.12.2018 als möglicher Termin.

Auch haben wir uns mehrfach mit der KSB bezüglich verschiedener Themen ausgetauscht. Unter anderem standen wir mehrfach wegen der geplanten Podiumsdiskussion miteinander im Kontakt. Mit der KSB haben wir vereinbart, dass diese an unserer Veranstaltung einen Infostand machen wird.

Es fand im Übrigen auch am 19.10.2018 ein persönliches Treffen mit den beiden Mitarbeiterinnen der KSB statt. In diesem Treffen haben wir uns und unsere Arbeit den beiden vorgestellt und über die zukünftige enge Zusammenarbeit, sowie mögliche gemeinsame Projekte diskutiert. Ein runder Tisch für Studierende mit Behinderung, welchen die KSB zusammen mit uns organisiert, wird bereits in Kürze stattfinden.



Mit Dunja Fuhrmann – der Gesamtbehindertenbeauftragten der Landeshauptstadt Saarbrücken – haben wir uns unter anderem bezüglich der Podiumsdiskussion und aufgrund der Situation der Menschen mit Elektromobilen in Bussen des Saar VV ausgetauscht.

Aufgrund der bereits im letzten Rechenschaftsbericht erwähnten E-Mail zur Bewusstseinsbildung zum Thema Behinderung an der Universität, waren wir im Austausch mit Frau Professor Haberzettel, welche wir demnächst persönlich treffen werden.

Ebenso hat uns mittlerweile aufgrund der Mail eine Mitarbeiterin der naturwissenschaftlichen Fakultät kontaktiert und uns ihre Unterstützung zugesagt. Wir haben auf ihre Anfrage Folien zu dem Thema ausgearbeitet. Diese sind im Anhang zu sehen.

Außerdem hat Anna anlässlich zu dem 3. Dezember – der weltweite „Tag der Menschen mit Behinderungen“ einen Artikel für den nächsten Champus geschrieben. Wenn euch das Thema Behinderung nahe liegt, solltet ihr euch Zeit nehmen um den Artikel zu lesen. Dieser findet ihr ebenfalls im Anhang.

Zusammen mit dem Queer - Referat, dem Frauen - Referat und dem Referat für politische Bildung möchten wir anlässlich des Welt Aids Tages eine Aktion an der Universität durchführen. Wahrscheinlich besteht diese aus einem Vortrag und einem Informationsstand.

Wir haben uns außerdem mit unserem Arbeitskreis für Barrierefreiheit und Neurodiversität getroffen und gemeinsam über die Podiumsdiskussion, sowie verschiedene andere Themen diskutiert.

Weiterhin haben wir allgemeines Infomaterial zum Thema „Studium und Behinderung“, sowie ausführliche Informationen zur „best 2 Studie“ zum Thema „beeinträchtigt studieren“ beim Deutschen Studentenwerk angefordert und haben einen Teil des Inhaltes ausführlich gelesen und dazu recherchiert.

Falls ihr noch Fragen zu unserer Arbeit habt, stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anna Tischer & Nora Traykova



Nichts über uns ohne uns!

Der 3. Dezember ist der weltweite „Tag der Menschen mit Behinderungen“. 1993 wurde dieser erstmals von den Vereinten Nationen ausgerufen – damals unter dem Namen „Internationaler Tag der Behinderten“. Dieser Tag soll in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die Situation von Menschen mit Behinderungen stärken. Auch ist sein Ziel, unsere Würde und Rechte zu fördern. Aber ist dies wirklich unser Tag? Oder ist es, wie so oft, auch nur ein Tag, an dem sich die Politik und manche Akteure aus der „Behindertenhilfe“ durch Selbstbeweihräucherung feiern, während wir und unsere tatsächlichen Bedürfnisse in den Hintergrund geraten? Geht es an diesem Tag um uns oder um die, die meinen, für uns sprechen zu müssen?

Als Referentinnen für Barrierefreiheit und Neurodiversität steht für uns fest: Wir dürfen das Feld nicht denen überlassen, die meinen, wir Menschen mit Behinderungen hätten keine eigene Stimme. Weder an diesem Tag noch an allen anderen! Aus diesem Anlass wollen wir euch ein bisschen über die Geschichte der internationalen Behindertenrechtsbewegung berichten. Außerdem haben wir uns damit befasst, wie in Deutschland die Selbstvertretung behinderter Menschen entstand.

„The lived oppression that people with disabilities have experienced is a human rights tragedy of epic proportions.“ So schrieb es James L. Charlton in seinem Buch „Nothing about us without us – disability oppression and empowerment“. Dies gilt sowohl für die Zeit vor dem Entstehen von Selbstvertretungen behinderter Menschen, wie auch leider – trotz aller positiven Entwicklungen, die es in der Zwischenzeit gab – noch heute. Überall auf der Welt erlebten und erleben Menschen mit Behinderungen Diskriminierung, Bevormundung, Entmenschlichung und Gewalt.

Erste Initiativen von behinderten Menschen, die sich dem Kampf um Teilhabe widmeten, gab es etwa seit Mitte des 20. Jahrhunderts. Zu Anfang insbesondere in den USA. Vorher war das Leben von Menschen mit Behinderungen aller Art geprägt von einer extremen Isolation. Um die Gesellschaft vor ihnen zu „schützen“ wurden sie ausgrenzt und viele verbrachten den größten Teil ihres Lebens in Institutionen oder sie wurden aus Scham von der Familie zuhause versteckt. Ohne nennenswerte Kontakte zur Außenwelt, ohne Bildung und ohne Rechte. Das gesellschaftliche Klima war beim Thema Behinderung geprägt von tiefgreifenden Vorurteilen und Stigmatisierung. Das Leben der behinderten Menschen bestand aus einer allumfassenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Marginalisierung. Dies ging bereits damals einher mit Zwangssterilisationen und anderen furchtbaren Menschenrechtsverletzungen, welche im Namen angeblicher medizinischer Hilfe begangen wurden. Behinderte Menschen waren Objekte des Mitleids, aber auch von offener Abscheu, da sie angeblich nichts Sinnvolles zur Gesellschaft beizutragen hatten. Besonders im 19. Jahrhundert war man der Ansicht, dass das einzige, zu was Menschen mit Behinderungen „zu gebrauchen“ waren, die allgemeine Unterhaltung der nichtbehinderten Bevölkerung durch zur Schaustellen auf Jahrmärkten, in Ausstellungen oder im Zirkus war.

Erste echte Veränderungen zeigten sich erst während des ersten Weltkrieges bzw. in der Zeit danach. Damals forderten Kriegsveteranen in den USA im Gegenzug für ihre Arbeit, die sie für die Nation leisteten, eine Entschädigung im Sinne einer angemessenen Rehabilitation.

Auch Präsident Roosevelt setzte sich als erster Präsident, welcher selbst von einer Behinderung betroffen war, für behinderte Menschen ein.

Jedoch erfolgte dies noch sehr klar unter der Prämisse, dass Behinderung als etwas schlechtes, etwas abnormes gesehen wurde. Man begriff sie – wie es leider heute noch immer viel zu verbreitet ist – als ein vorwiegend medizinisches, individuelles Problem. Behinderung galt als etwas, was man möglichst mit allen verfügbaren Mitteln versuchen sollte, zu heilen oder zumindest unsichtbar werden zu lassen. Die Anpassung an die nichtbehinderten Teile der Gesellschaft war das oberste Ziel. Von Barrierefreiheit konnte keine Rede sein. Dies entspricht dem, was man heute als „medizinisches Modell von Behinderung“ bezeichnet.

In den 1940er und 1950er Jahren kämpften in den USA erneut vorwiegend Kriegsveteranen um eine bessere Rehabilitation und Entschädigung.

Jedoch schlossen sich einige Jahre später in den USA erstmals Menschen mit Behinderungen in Gruppen zusammen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Anfangs waren dies aber vor allem Eltern behinderter Kinder, was trotz aller Errungenschaften auch zu großer Bevormundung führte. Zurecht wurde dies von den behinderten Menschen selbst immer mehr kritisiert. Nach und nach fingen Menschen mit Behinderungen selbst an, sich für ihre Rechte zu engagieren. Sie erkannten damals ihre Chance, sich in die anderen Bewegungen marginalisierter Gruppen in den USA einzureihen, welche sich für eine echte Teilhabe und für ihre Menschenrechte einsetzten. Die Geburtsstunde der Behindertenrechtsbewegung (Disability Rights Movement) in den USA fiel also in die Zeit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung (Civil Rights Movement). Die Behindertenrechtsbewegung kämpfte für die Anerkennung der Menschenrechte von behinderten Menschen und für Barrierefreiheit. Als menschenrechtsorientiertes Gegenstück zum medizinischen Modell von Behinderung entwickelten sie das soziale Modell von Behinderung. In diesem Modell, welches auch der UN-Behindertenrechtskonvention zugrunde liegt, wird die eigentlich Behinderung nicht in den behinderten Individuen selbst verortet. Vielmehr entsteht laut diesem Modell die Behinderung durch die Interaktion zwischen den Eigenschaften von Personen und Barrieren in der Umwelt. Barrieren sind dabei nicht nur baulicher Art, sondern bestehen beispielsweise auch in Vorurteilen in den Köpfen der Menschen. Menschen mit Behinderung fordern seit den damaligen Anfängen die Anerkennung als eine Minderheit, der die gleichen Menschenrechte zustehen wie allen anderen Menschen auch. Daraus leitet sich ab, dass die Gesellschaft dafür verantwortlich ist, Barrieren zu beseitigen und nicht die behinderten Menschen sich anpassen müssen. Das Motto der Behindertenrechtsbewegung in den USA war stets „Nothing about us without us“ – „Nichts über uns ohne uns“. In allen Belangen, die behinderte Menschen betreffen, sollten diese selbst die maßgeblichen Entscheider sein!

In Deutschland fingen Menschen mit Behinderungen erst viel später als in den USA an, sich organisiert gegen ihre Entrechtung und Ausgrenzung zur Wehr zu setzen. Der zweite Weltkrieg war für sie ein ganz besonders dunkler Zeitabschnitt, der in seiner Grausamkeit wahrscheinlich beispiellos ist. Mehr als 200 000 behinderte Menschen – unter ihnen sowohl Kinder als auch Erwachsene – wurden ermordet. Das Euthanasie-Programm im dritten Reich nannte sich „Aktion T4“ und beinhaltete die systematische Auslöschung von dem, was die NationalsozialistInnen als „lebensunwertes Leben“ bezeichneten. Das Töten der Menschen bezeichneten sie als „Gnadentot“. Mit dem Programm einher ging eine umfassende Propaganda, um die Gesellschaft zu überzeugen, dass Menschen mit Behinderungen eine Last und „nutzlose Esser“ seien. Ihr Leben wurde als „Ballastexistenz“ bezeichnet. An der Umsetzung des Tötungsprogramms waren vor allem Ärzte beteiligt. Eine besonders perfide Methode des Ermordens behinderte Menschen bestand darin, deren Essen so lange zu kochen, bis es keine Nährstoffe mehr enthielt.

Die Menschen verhungerten also während sie aßen. Leider wird dieser Aspekt bei der Beschäftigung und Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus häufig übersehen oder nur am Rande erwähnt.

Im Deutschland der Nachkriegszeit war das Thema Behinderung und die Menschenrechte behinderter Menschen zunächst praktisch überhaupt nicht im öffentlichen Interesse vorhanden. Ähnlich wie in den USA war das Leben der Menschen mit Behinderungen geprägt durch Ausgrenzung, Stigmatisierung und Institutionalisierung. Jedoch wurde als Vertretung der Kriegsveteranen irgendwann der Sozialverband VdK gegründet.

Erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts formierten sich erste zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich dem Thema Behinderung widmeten. Diese waren jedoch in aller Regel dominiert von Eltern behinderter Kinder oder von nicht behinderten „Fachleuten“ und somit durch einen deutlichen Paternalismus geprägt. In den späten 60er Jahren entstanden sogenannte „Clubs Behinderter und ihrer Freunde“. Diese dienten allerdings vorrangig der gemeinsamen Freizeitgestaltung und hatten mit politischer Arbeit noch nichts zu tun.

Behindertenpolitische Aktivität durch behinderte Menschen selbst begann in Deutschland erst in den 70er Jahren, als sich die „Krüppelbewegung“ gründete. Diese hatte das „Independent Living Movement“ der USA zum Vorbild und nahm ihren Ursprung in einem Volkshochschulkurs. Sie wandten sich deutlich gegen die Behindertenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft und begannen, sich für die Menschenrechte behinderter Menschen auch politisch zu engagieren.

Unter anderem protestierte die Krüppelbewegung in Deutschland gegen Festlichkeiten anlässlich des UNO-Jahres der Behinderten 1981. Sie wandten sich vor allem gegen die Tatsache, dass diese Anlässe hauptsächlich dazu dienten, dass sich Politiker und von Nichtbehinderten getragene Organisationen selber loben, während die Stimmen der Menschen, um die es eigentlich geht, ignoriert werden. Noch heute ist dies viel zu oft der Fall.

Die Krüppelbewegung wuchs immer mehr und politisierte sich zunehmend. Dies resultierte schließlich in der Gründung von Verbänden, wie z.B. die ISL e.V. (Interessensgemeinschaft Selbstbestimmtes Leben). Dies ist natürlich nur ein sehr knapper Überblick über die Geschichte der Behindertenrechtsbewegung, denn in Wahrheit ist das Ganze sehr viel komplexer und jede Gruppe von Menschen mit einer bestimmten Art der Behinderung hat in gewisser Weise eine eigene Geschichte. Aber im Grundsatz ähneln sie sich alle.

Der Kampf um unsere Rechte ist noch lange nicht vorbei. Heute – im Jahr 2018 – werden in Deutschland noch immer mehr als 85.000 Menschen aufgrund ihrer Behinderung vom Wahlrecht ausgeschlossen und damit in großem Ausmaß ihrer politischen Teilhabemöglichkeiten beraubt! Trotz Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention und des damit einhergehenden Versprechens eines inklusiven Bildungssystems hält man in Deutschland an ausgrenzenden Sonderstrukturen fest. Nur wenige von uns schaffen es bis zur Universität – nicht, weil wir nicht die Fähigkeit hätten, zu studieren, sondern weil uns auf dem Weg dahin so viele Barrieren und viele Chancen nehmen. Und auch an der Universität werden unsere Menschenrechte häufig missachtet.

Noch immer wird uns abgesprochen, eine eigene Stimme zu haben und noch immer – oder schon wieder – stellt man den Wert unseres Lebens in Frage. Man denke an Techniken wie Pränataldiagnostik und das damit häufig einhergehende Ziel, Behinderung und somit Menschen wie uns, am besten noch bevor wir geboren werden, zu verhindern.

Ja, manchmal wird sogar in Frage gestellt, ob wir überhaupt Menschen sind. Daneben gibt es eine Vielzahl von mehr oder weniger subtilen Diskriminierungen, die allgegenwärtig sind.

Aber wir wissen, dass wir eine Stimme haben und wir werden nicht aufhören, sie zu erheben. Und dabei ist es vollkommen egal, ob wir dies mündlich, schriftlich, in Gebärdensprache oder auf irgend eine andere Weise tun. Lasst uns getreu dem Motto, das die Behindertenrechtsbewegung von Anfang an begleitet hat, für eine bessere und gerechtere Zukunft kämpfen! In Fragen, die Behinderung betreffen, haben wir selbst als Menschen mit Behinderungen die wichtigste Stimme! Nichts über uns ohne uns!

„Hochschule für alle“ Bewusstseinsbildung zum Thema Behinderung

Ziel :- Inklusives Hochschulbildungssystem durch konsequente
Umsetzung der UN-BRK

- Herstellung von Barrierefreiheit und Diskriminierungsfreiheit für die Studierenden
- Universitäres Klima, das Behinderung als natürliche Variante von menschlicher Diversität begreift und wertschätzt
 - Kritische Diskussion und Beseitigung diskriminierender Studieninhalte

Mindestens 11 % der Studierenden sind von einer relevanten, studienerschwerenden Behinderung betroffen!



- Definition von Behinderung laut UN-BRK und neuerdings auch deutschem Sozialrecht:

„ Artikel 1 — Zweck

...

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“

→ Soziales und an Menschenrechten orientiertes Modell von Behinderung (Barrieren aller Art in der Umwelt werden betont)

Rechtlicher Anspruch auf Nachteilsausgleich!!!

- Studierende mit Behinderungen haben einen rechtlichen Anspruch auf Nachteilsausgleiche!
- Dies ist ein Menschenrecht und kein Privileg und stellt auch keine Sonderbehandlung der betroffenen Menschen dar!!!
- Beispiele (nicht erschöpfend) für Behinderungen im Sinne der UN-BRK:
Mobilitätseinschränkungen, Sinnesbehinderungen, sämtliche körperlichen und psychischen chronischen Krankheiten (z.B. Rheuma, Allergien, Asthma, Depressionen, Psychosen, Angststörungen, ...), Autismus, ADHS, Teilleistungsstörungen (Legasthenie, Dyskalkulie,...) usw.

Rechtlicher Anspruch auf Nachteilsausgleich!!!

→ Bedürfnisse von Studierenden können sehr individuell unterschiedlich sein (auch bei gleicher Art der Behinderung) und die Universität ist verpflichtet, sich diesen Bedürfnissen anzupassen

→ Beispiele (keine erschöpfende Aufzählung) für
Nachteilsausgleiche:

Schreibzeitverlängerungen, Schreiben von Prüfungen in separatem Raum, schriftliche Prüfung statt mündliche (oder umgekehrt), keine Anwesenheitspflicht (oder gelockerte Anwesenheitspflicht), Gesamtstudienzeit so verlängern, wie es die Studierenden brauchen, usw.

AStA-Referat für Barrierefreiheit und Neurodiversität

Liebe Studis,

Bitte scheut euch nicht, uns anzusprechen und eure Rechte in Anspruch zu nehmen!!!

Ihr könnt sowohl per Mail, telefonisch, wie auch in einem persönlichen Gespräch mit uns, der KSB und euren Lehrenden Kontakt aufnehmen. Wie es euch am liebsten ist. ☺

AStA-Referat für Barrierefreiheit und Neurodiversität:

- **Sprechzeiten:**
- Donnerstag 14-16 Uhr
- Freitag 12-14 Uhr
- **Kontakt:**
- Email:
- [accessforall\(at\)asta.uni-saarland.de](mailto:accessforall@asta.uni-saarland.de)
- Telefon:
- 0681 - 302 4589 [nur während der Sprechzeiten]

Kontaktstelle Studium und Behinderung:

Tel.: +49 681 302-5025

Fax: +49 681 302-5026

[ksb\(at\)uni-saarland.de](mailto:ksb(at)uni-saarland.de)

